Aargau weist Überschuss von 345 Millionen Franken aus

Der Kanton Aargau hat bereits zum neunten Mal in Folge eine Jahresrechnung mit einem Millionenüberschuss präsentiert.

AARAU – Die Rechnung 2025 schloss mit einem Plus von 345 Millionen Franken ab. Der Regierungsrat will dieses Geld in ein kantonales «Sonderkässeli» legen. Ungeplante Mehrerträge aus den Ausschüttungen der Schweizerischen Nationalbank (SNB) und des Energiekonzerns Axpo Holding AG führten zum Überschuss, wie Finanzdirektor Markus Dieth (Mitte) vor den Medien ausführte. «Es ist gesamthaft schön, dass wir schwarze Zahlen schreiben können. Wir sind auf der sicheren Seite.» Zwei Drittel des Überschusses stammen aus diesen zwei Posten. Hinzu kommen laut Dieth höhere Steuererträge. Auch die budgetierten Ausgaben wurden um rund 31 Millionen Franken unterschritten. Er hielt fest, dass ohne diese ungeplanten Mehrerträge der Überschuss 117 Millionen Franken betragen würde. Die Finanzlage des Kantons ist laut Regierungsrat «stabil». Das Budget 2025 wies bei Einnahmen und Ausgaben von je rund sieben Milliarden Franken rechnerisch einen Fehlbetrag von 91 Millionen Franken aus. Dieses Minus wurde jedoch bereits mit Geld aus der Finanzausgleichsreserve gedeckt – daher war das Budget offiziell ausgeglichen.

Viel Geld auf der hohen Kante

In dieser Finanzausgleichsreserve liegt rund eine Milliarde Franken. Das Geld in diesem «Sparkässeli» für schlechte Zeiten stammt aus Überschüssen in den früheren Jahren. Und der Staat Aargau ist schuldenfrei. Der Regierungsrat will den neuen Überschuss von 345 Millionen Franken ebenfalls in diese Ausgleichsreserve legen. Darüber wird das Parlament entscheiden. Die Ausgleichsreserve trage dazu bei, den Druck auf die Kantonsfinanzen abzufedern und wichtige Investitionen des Kantons, insbesondere auch in Bildung und Infrastruktur, weiterhin zu ermöglichen, erläuterte Dieth.

Reserven für Zusatzbelastungen

In den kommenden Jahren sei mit erheblichen Zusatzbelastungen zu rechnen. Bei den laufenden Ausgaben seien die schwer beeinflussbaren, stark steigenden Gesundheitsausgaben zu erwähnen. Zudem wird laut Regierungsrat die Einführung der einheitlichen Finanzierung der ambulanten und stationären Leistungen den Staatshaushalt um jährlich bis über 100 Millionen Franken zusätzlich belasten. Auch in weiteren Aufgabenbereichen wie der Bildung, der Sicherheit, den Prämienverbilligungen oder den Ergänzungsleistungen sei ein starkes, schwer steuerbares Ausgabenwachstum zu verzeichnen.

Parlament versenkt Steuerrabatt

Bei voller Staatskasse wollte der Regierungsrat einen nachträglichen Steuerrabatt einführen. Die Bevölkerung und die Unternehmen sollten Steuergeld zurückbekommen. Aber das Parlament versenkte im vergangenen November diese Idee. Einzig die FDP und die Mitte stimmten für den Steuerrabatt. Die Gegner machten geltend, es sollen nicht im Vornherein zu viele Steuern erhoben werden. Daher senkte das Parlament für 2026 den kantonalen Steueransatz um acht Prozentpunkte.